



N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

19. Wahlperiode - 42. Sitzung

am Donnerstag, dem 10. Januar 2019, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Volker Nielsen (CDU)

Ole-Christopher Plambeck (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Beate Raudies (SPD)

Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Annabell Krämer (FDP)

Jörg Nobis (AfD)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Kirchen auf Eiderstedt retten	5
	Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/568	
2.	Das UKSH braucht eine bessere Ausstattung - Maximalversorgung auf Spitzenniveau sichern	6
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1093	
	Das UKSH weiter stärken	6
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1128	
3.	Entwurf eines Gesetzes über die Verwendung der Kompensationsmittel des Bundes nach Artikel 13 Absatz 1 des Grundgesetzes und der Landesmittel zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden in Schleswig-Holstein	7
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/1005	
4.	Klare Regeln für Vermietung von Ferienunterkünften über Buchungsportale	8
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/930	
	Fairer Wettbewerb bei der Vermietung von Ferienunterkünften	8
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/979	
5.	Ausbildungssituation beim Land Schleswig-Holstein	9
	Antwort der Landesregierung Drucksache 19/1007	
6.	Information/Kenntnisnahme	10
	Umdruck 19/1739 - „Jugend im Landtag“ Umdruck 19/1765 - Attraktivitätssteigerung der technischen Berufe Umdruck 19/1782 - Fragen zu Einzelplan 10 Umdrucke 19/1783 und 19/1787 - Fragen zu Einzelplan 16 Umdruck 19/1816 - Verkehrsverträge Netz Nord und Netz Ost	

7. Verschiedenes

11

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt. Einstimmig beschließt der Ausschuss, die [Umdrucke 19/1762](#) und [19/1870](#) (UKSH) vertraulich zu behandeln und geheim zu halten.

1. **Kirchen auf Eiderstedt retten**

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/568](#)

(überwiesen am 23. März 2018 an den **Finanzausschuss**, den Umweltausschuss, den Bildungsausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: [Umdruck 19/1174](#)

Abg. Harms freut sich, dass der Landtag mit dem Haushalt 2019 500.000 € für die Renovierung der Kirchen auf Eiderstedt zur Verfügung gestellt habe und die Landesregierung die Gespräche mit der Nordkirche und dem Kirchenkreis Nordfriesland fortsetze.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag - vorbehaltlich der Voten der beteiligten Ausschüsse -, den SSW-Antrag [Drucksache 19/568](#) für erledigt zu erklären.

2. Das UKSH braucht eine bessere Ausstattung - Maximalversorgung auf Spitzenniveau sichern

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1093](#)

Das UKSH weiter stärken

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/1128](#)

(überwiesen am 12. Dezember 2018 an den **Finanzausschuss**, den Sozialausschuss und den Bildungsausschuss)

Der Finanzausschuss will am 25. April 2019, 10 Uhr, in gemeinsamer Sitzung mit dem Bildungs- und Sozialausschuss über die Anträge beraten.

Finanzministerin Heinold kann für die Landesregierung nicht zusichern, dem Landtag bis dahin mitzuteilen, wie viel von den bisher aufgelaufenen Schulden des UKSH das Land übernehmen dürfe, ohne gegen Wettbewerbsrecht zu verstoßen. Sie sagt zu, dem Ausschuss das Ergebnis der GMSH zur Plausibilisierung der Kostenschätzung für die Ersteinrichtung des UKSH zur Verfügung zu stellen.

Abg. Raudies geht es nicht nur um die Übernahme von Altschulden, sondern auch um die Erhöhung des institutionellen Zuschusses an das UKSH und weitere Finanzmittel.

3. Entwurf eines Gesetzes über die Verwendung der Kompensationsmittel des Bundes nach Artikel 13 Absatz 1 des Grundgesetzes und der Landesmittel zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden in Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/1005](#)

(überwiesen am 8. November 2018 an den **Wirtschaftsausschuss**, den Innen- und Rechtsausschuss und den Finanzausschuss)

Der Ausschuss vertagt die Beratungen auf den 31. Januar 2019.

4. **Klare Regeln für Vermietung von Ferienunterkünften über Buchungsportale**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/930](#)

Fairer Wettbewerb bei der Vermietung von Ferienunterkünften

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/979](#)

(überwiesen am 26. September 2018 an den **Wirtschaftsausschuss**, den Finanzausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

Einstimmig empfiehlt der Finanzausschuss dem federführenden Wirtschaftsausschuss, eine mündliche Anhörung durchzuführen.

5. **Ausbildungssituation beim Land Schleswig-Holstein**

Antwort der Landesregierung

[Drucksache 19/1007](#)

(überwiesen am 12. Dezember 2018 zur abschließenden Beratung)

Der Finanzausschuss will über die Antwort [Drucksache 19/1007](#), den Personalstruktur- und Personalmanagementbericht 2018 ([Drucksache 19/1136](#)) und das Konzept zur Attraktivitätssteigerung der technischen Berufe in der Landesverwaltung ([Umdruck 19/1765](#)) am 28. Februar 2019 mit dem Chef der Staatskanzlei beraten.

6. Information/Kenntnisnahme

- [Umdruck 19/1739](#) - „Jugend im Landtag“
- [Umdruck 19/1765](#) - Attraktivitätssteigerung der technischen Berufe
- [Umdruck 19/1782](#) - Fragen zu Einzelplan 10
- [Umdrucke 19/1783](#) und 19/1787 - Fragen zu Einzelplan 16
- [Umdruck 19/1816](#) - Verkehrsverträge Netz Nord und Netz Ost

Der Ausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis (bis auf [Umdruck 19/1765](#)).

7. Verschiedenes

- a) Die im Terminplan vorgesehene Sitzung am 17. Januar 2019 entfällt; die nächste **Finanzausschusssitzung** findet am **31. Januar 2019** statt.
- b) Am Mittwoch, **6. Februar 2019**, 10 Uhr, findet eine gemeinsame Sitzung von Wirtschafts- und Finanzausschuss zur Beschaffung von Schienenfahrzeugen mit innovativem Antrieb für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Schleswig-Holstein statt.
- c) In vertraulicher Sitzung befasst sich der Finanzausschuss von 10:25 bis 10:40 Uhr mit dem Verkauf der **HSH Nordbank** (siehe vertraulichen Protokollteil).
- d) Ministerin Heinold bekräftigt den Willen der Landesregierung, bei der **Neuordnung der Grundsteuer** im Interesse der Kommunen möglichst schnell zu einer Einigung zu kommen. Das nächste Treffen der Landesfinanzminister mit dem Bundesfinanzminister findet am 14. Januar 2019 statt.

Abg. Harms bittet das Finanzministerium, dem Ausschuss die finanzpolitischen Auswirkungen der verschiedenen Steuermodelle schriftlich zu skizzieren.

Ministerin Heinold geht davon aus, dass in der Umstellungsphase rund 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes mit der Grundsteuer befasst seien.

Finanzstaatssekretär Dr. Nimmermann macht darauf aufmerksam, dass alle in der Diskussion befindlichen Steuermodelle Verwaltungskapazität benötigten, das Kostenwertmodell nur unwesentlich aufwendiger als das Flächenmodell sei und zum Modell des Bundesfinanzministers inzwischen viele Fragen beantwortet worden seien. Ziel sei, eine verwaltungseffiziente, einheitliche Lösung zu erreichen, die die Kommunen so wenig wie möglich belaste.

- e) Zum Thema **KoPers** führt Herr Stöcker, Leiter der Allgemeinen Abteilung im Finanzministerium, aus, die Bereiche Versorgung und Besoldung liefen weitgehend problemlos. Bei KoPers-Entgelt habe es im Sommer 2018 Schwierigkeiten gegeben, seit Oktober 2018 sei das System stabil, das Maßnahmenpaket greife, die Hälfte der Rückstände sei abgearbeitet, die Menge der Fehlzahlungen und Beschwerden sei deutlich zurückgegangen.

gen. Die Zahlung der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten funktioniere in Schleswig-Holstein reibungslos; nur die Zahlung der neu geschaffenen Zulage für besondere Einsätze sei technisch noch nicht umgesetzt. Die Fälle von verspäteten Gehaltszahlungen insbesondere im Hochschul- und Schulbereich seien weitgehend abgearbeitet, die Fälle von verspäteter Zulagenzahlung in den Bereichen Küstenschutz und Justizvollzug ebenfalls.

Er bejaht die Frage von Abg. Harms, dass die Gehalts- und Zulagenzahlungen in der Regel funktionierten und das DLZP mit der Abarbeitung der Rückstände befasst sei.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 11:15 Uhr.

gez. Thomas Rother
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer